

ISCHIA
Bus oder Flug
Badeferien·Wellness·Kur



STÖCKLIN
Stöcklin Reisen AG · 5430 Wettingen
Telefon 056 437 29 29
www.stoecklin.ch · info@stoecklin.ch

az BADEN

BADENER TAGBLATT BADEN-WETTINGEN, ZURZACH-AARETAL



So könnte das Besucherzentrum des Vermittlungsprojekts dereinst aussehen: Mit der Vereinsgründung soll die Finanzierung nun vorangetrieben werden.

VISUALISIERUNG/JALAN EDRURG

Hochkarätige Chefetage für «Doppeltür»

Endingen Migros-Chef Herbert Bolliger soll dem jüdischen Projekt im Surbtal zum finanziellen Erfolg verhelfen

VON DANIEL WEISSENBRUNNER

Im April letzten Jahres kündigte Roy Oppenheim an, dass die Gründung des Vereins «Doppeltür» unmittelbar bevorstehe. Oppenheim, die treibende Kraft hinter der Idee, irrte sich. Es verstrichen nochmals einige Monate. «Manchmal dauert alles in bisschen länger», sagte der in Lengnau wohnhafte Publizist. Gestern war es nun endlich so weit: Das aufwendige Projekt, in dem die Geschichte der Juden im Surbtal dargestellt werden soll, ist ab sofort ein Verein.

An der Gründungsversammlung im Gemeindehaus in Endingen unterstrich Lukas Keller die Bedeutung von «Doppeltür». Er bezeichnet es als Kulturobjekt von nationaler Bedeutung. Der ehemalige Ammann von Endingen wurde zum ersten Vereinspräsidenten gewählt. Grund für die Verzögerung war unter

anderem die Suche nach geeigneten Personen für den Vorstand. Was lange währt, wird endlich gut, hielt Lukas Keller fest.

Hoffen auf Bolligers Netzwerk

Der elfköpfige Vorstand besteht in der Tat aus hochkarätigen Namen: Neben den Surbtaler Vertretern Roy Oppenheim, Franz Bertschi (Gemeindeammann Lengnau), dem Präsidenten der israelitischen Kultusgemeinde, Jules Bloch (Endingen), und Lukas Keller nehmen Jacques Picard (Universität Basel), Esther Girsberger (Publizistin), Jonathan Kreutner (Generalsekretär Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund), Carol Nater Cartier (Leiterin Historisches Museum Baden), Thomas Pauli-Gabi (Leiter Kultur Kanton Aargau) sowie FDP-Nationalrat Beat Walti und Herbert Bolliger, Konzernchef der Migros, Einsitz.

16

Millionen Franken benötigt der Verein «Doppeltür», um das Vermittlungsprojekt zwischen Juden und Christen im Surbtal zu realisieren.

Zentrale Aufgabe des Vereins ist nun, die Finanzierung voranzutreiben. 16 Millionen Franken soll die vollständige Umsetzung des neunteiligen Projekts kosten. Ein schwieriges Unterfangen, wie Roy Oppenheim festhält. Die ersten Module sollen bereits 2019 in Betrieb genommen werden, hofft Lukas Keller. Bolliger und Walti sollen mit ihrem Netzwerk in die Wirtschaft beziehungsweise die Politik die Suche nach möglichen Geldgebern beschleunigen. Ob sich die Migros selber am Projekt beteiligt, ist offen. Herbert Bolliger war gestern Abend nicht anwesend und für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Mit Beat Walti hat der neugegründete Verein einen wichtigen Draht in die nationale Politik. Der Zürcher Freisinnige ist in Bern bestens vernetzt. Er begründet sein Engagement auch als Teil seiner liberalen Haltung. «Die Juden und Christen im Surbtal zeigten damals auf, dass in

schwierigen Zeiten Lösungen möglich sind.» Walti ist mit der Thematik vertraut. Er gehört der parlamentarischen Gruppe gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit an. Im Übrigen hat er einen Bezug in die Region: Walti ist Verwaltungsratspräsident der Reha Clinic in Bad Zurzach und besuchte im Bezirkshauptort einst den Kindergarten.

Prominent bestückt ist nicht nur der Vorstand. Auch das Patronatskomitee glänzt mit bekannten Namen: Angeführt wird die Liste von Alt-Bundesrat Moritz Leuenberger und Ruth Dreifuss. Die ehemalige SP-Magistrin mit Heimort Endingen liess sich gestern ebenfalls entschuldigen. Sie wird dem Surbtal aber im Februar einen Besuch abstatten.



Mehr über das Projekt «Doppeltür» erfahren Sie online.

Stadtrat lässt kein gutes Haar an Steuerreform

Baden Die Stadtregierung rechnet bei einem Ja zur Unternehmenssteuerreform III mit Millionenverlusten. Diese Aussage ist verwaltungsintern so umstritten, dass es zu einer Kommunikationspanne kam.

VON PIRMIN KRAMER

Zwar fehlt die explizite Empfehlung, bei der Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform III am 12. Februar ein Nein in die Urne zu legen. Doch der Inhalt der Medienmitteilung mit dem Titel «Beurteilung der Unternehmenssteuerreform

durch die Stadt Baden» lässt keinen anderen Schluss zu, als dass der Stadtrat eine Ablehnung der Reform bevorzugt. Die genauen Zahlen seien zwar von der konkreten Umsetzung abhängig; doch der Stadtrat rechne bei einer Annahme des Bundesgesetzes mittelfristig mit Steuerzufällen bei den juristischen Personen von schätzungsweise 4,5 Mio Franken bis 6 Mio. Franken, heisst es in der Mitteilung. «Die Ausfälle werden in vier bis fünf Jahren in vollem Umfang eintreten.»

Ein Ja zur Reform könnte Auswirkungen auf laufende Infrastrukturprojekte und das Budget Badens haben, womöglich gar eine Steuererhöhung nötig machen. Wörtlich heisst es in der Analyse: «Die finanziellen Vorgaben für die jährliche Budgetierung sind härter als in frü-

heren Jahren, was nicht allein auf die USR III zurückzuführen ist. In der Vergangenheit wurden auch Dienstleistungen ausgebaut, die nun überprüft werden müssen. Es kann zu Kürzungen in allen Bereichen kommen. Eine weitere Stellschraube ist auch eine Steuerfusserhöhung.»

Nicht erwähnt werden in der Mitteilung mögliche Chancen der Reform für die Stadt beziehungsweise Gefahren, die eine Ablehnung mit sich bringen könnte. Das sorgt für Unverständnis - etwa bei Jürg Altorfer. Der Verwaltungsratspräsident der Stadtcasino Baden AG arbeitet hauptberuflich seit Jahrzehnten als Steuerberater unter anderem für international tätige Unternehmen. «Die Zahlen, welche in der Mitteilung der Stadt er-

wähnt werden, sind irreführend und allerhöchstens die halbe Wahrheit. Denn die Gegenfinanzierung, von der auch die Stadt Baden profitieren wird, ist mit keiner Silbe erwähnt.» Er gehe davon aus, dass die Stadt mit einem siebenstelligen Betrag rechnen dürfe, der vom Bund via Kanton in Baden ausgeschüttet werde. Auch würden mögliche Zusatzerträge aus der höheren Besteuerung der Dividendeneinkünfte bei Aktionären verheimlicht. «Ebenfalls unterschlagen wird in der Beurteilung des Stadtrates die Tatsache, dass dynamische Effekte eine entscheidende Rolle spielen», so Altorfer. «Baden hatte Glück, dass General Electric hier neue Jobs schafft und einen Geschäftssitz in die Stadt verlegt.» Werde die USR III abgelehnt, entstehe eine ge-

fährliche Unsicherheit, und das Blatt könnte sich wenden. «Unternehmen werden sich zwangsläufig überlegen, keine neuen Stellen in der Schweiz zu schaffen oder gar Arbeitsplätze ins Ausland zu verlegen», befürchtet der Steuerexperte.

Auch bei gewissen Mitarbeitern der Verwaltung sorgt die Analyse des Stadtrats für Kopfschütteln, weshalb es gestern zu einer Kommunikationspanne kam. Ein ranghohes Mitglied der Verwaltung war auf der Mitteilung - neben Stadtrammann Geri Müller - als Auskunftsperson für Journalisten aufgeführt. Der Mitarbeiter gab zu verstehen, er wolle keine Auskunft erteilen. Er könne nicht hinter der Mitteilung stehen - sie unterglaube wichtige Fakten, die für eine Annahme der Reform sprechen würden.